08 | 2020

rat aktuell

Sonderausgabe Ratsperiode 2014 bis 2020 - Rückblick und Ausblick

SPD Ratsfraktion Wuppertal.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,
hiermit legen wir Ihnen unsere Sonderausgabe rat aktuell vor, die schlaglichtartig die wichtigsten kommunalpolitischen Themen der zurückliegenden Ratsperiode 2014-2020 beleuchtet.

Zahlreiche Sportbauprojekte wurden realisiert, Seite 3

Schulbaumaßnahmen - Tolle Projekte umgesetzt, Seite 10

Beschlossene Bundeshilfen zur Abfederung der Pandemie sind eine Hilfe – doch der gemeinsame Altschuldenfonds muss folgen!

„Der Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle durch den Bund für 2020 ist eine große Hilfe, doch die dauerhafte Erhöhung des Bundesanteils an den Unterbringungskosten für Hartz-IV-Empfänger von 50 auf 75 Prozent ist die weitreichendere Verbesserung. Dies stellt eine echte strukturelle Entlastung für Wuppertal dar, denn die Sozialleistungen in diesem Bereich nehmen stetig zu und werden durch die Corona-Pandemie noch einmal verschärft“, so der Fraktionsvorsitzende Klaus Jürgen Reese.

„Wir fordern für die Kommunen vor allem eins – Konnexität. Derjenige, der die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Dieses Konnexitätsprinzip trifft auf viele Bereiche zu. So zum Beispiel auch auf die wichtigen und unverzichtbaren Sozialleistungen. Bund und Land haben jahrzehntelang in vielen und unterschiedlichen Bereichen diverse Leistungen beschlossen – aber dafür kein ausreichendes Geld zur Verfügung gestellt. Die Kommunen wurden jedoch in die Pflicht gesetzt, die entstehenden Kosten dauerhaft aufzubringen. Damit muss Schluss sein“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Servet Köksal.

„Wenn der Abbau der Altschulden nachhaltig sein soll, müssen Bund und Länder die aktuelle Belastung der Kommunen auch dauerhaft reduzieren und sich für zukünftige Aufgaben dem Prinzip der Konnexität verpflichten. Erst dann haben Städte wie Wuppertal wieder mehr Spielraum, um z. B.

Fortsetzung auf S. 2

Eine auskömmliche Finanzierung der vom Bund beschlossenen Leistungen würde den Kommunen Handlungsspielräume zurückgeben.

Frühkindliche Bildung: Mehr soziale Gerechtigkeit und Ausweitung des KiTa-Ausbaus, Seite 11

Der Döppersberg: Ein gelungenes Eingangstor für unsere Stadt, Seite 12

Die freie Kulturszene -

Ihre Vielfalt in Wuppertal erhalten, Seite 14

Fortsetzung von S. 1

den Investitionsstau langsam abzubauen und die Infrastruktur zu verbessern.

Altschuldenfonds gefordert

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen war richtig und hilfreich. Ihm muss nun ein Pakt für einen Altschuldenfonds folgen. Will die NRW-Landesregierung die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder herstellen, darf sie sich nicht länger vor ihrer Verantwortung drücken. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, hat der Rat der Stadt in seiner letzten Sitzung eine gemeinsame Resolution für eine wirksame Lösung des Altschuldenproblems beschlossen. Hierin wird insbesondere das Land NRW dazu aufgefordert, sich am Abbau der kommunalen Altschulden zu beteiligen – so, wie es in anderen Bundesländern bereits geschehen ist. Die kommunale Selbstverwaltung muss sichergestellt werden, damit Städte wie Wuppertal wieder Handlungsspielraum haben und zielgenau durch freiwillige Leistungen das Leben für seine Einwohnerinnen und Einwohner verbessern kann“, so Klaus Jürgen Reese weiter.

Finanzverfassung überarbeiten

Servet Köksal abschließend: „Was wir brauchen, ist eine Überarbeitung der Finanzverfassung mit einer Verstetigung der Gewerbesteuer. Wenn ich dann die Aussage vom grün-schwarzen OB-Kandidaten höre, dass Wuppertal nach der Corona-Krise wohl keine oder kaum neue Gewerbeflächen mehr braucht, stelle ich mir die Frage, wann verstanden wird, dass Wuppertal kein Versuchsballon für abstrakte Theorien ist, sondern die Grundlage für die Zukunft der hier lebenden Menschen bildet."

IKEA- Gute Entscheidung für Wuppertal

Der IKEA-Standort Wuppertal wird gut angenommen und lockt auch zahlreiche Käuferinnen und Käufer aus dem Bergischen Umland nach Wuppertal.

„Die SPD-Fraktion hat die Debatte um die Ansiedlung von IKEA am Standort Wuppertal von Beginn an konstruktiv begleitet“, so Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender. „Wie bei einem Großprojekt üblich, galt es u.a. abzuwägen, wie viele Arbeitsplätze gewonnen, wieviel Kaufkraft in Wuppertal gebunden, wie die Verkehrsbelastungen minimiert werden können und was im Bereich Umweltschutz zu berücksichtigen ist“, erläutert Klaus Jürgen Reese weiter.

„Allen Unkenrufen zum Trotz hat sich die Ansiedlung von IKEA als richtiger Schritt für Wuppertal herausgestellt. Weder der befürchtete Dauerstau, noch die ‚Wild-Parker‘ im Wohngebiet sind gekommen. Und auch der Umweltschutz wurde durch erhebliche Ausgleichsmaßnahmen angemessen berücksichtigt, u. a. wurden 45 Fledermausnistkästen, mehrere Ausweichtümpel und ein Ersatzteich für den Kammmolch angelegt“, ergänzt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion.

Zuverlässiger Projektpartner mit sozialem Engagement

„Mittlerweile sind mehr als 200 echte Arbeitsplätze entstanden, und eine wichtige Lücke im Möbelsegment wurde durch das schwedische Möbelhaus geschlossen. Rund 80 Mio. Euro hat das Unternehmen hier investiert und sich als zuverlässiger Projektpartner mit sozialem Engagement für die Stadt gezeigt. So hat IKEA in den vergangenen Jahren verschiedene soziale Projekte mit großzügigen Spenden unterstützt, z.B. den Tatort-Verein ‚Wir starten gleich – Kein Kind ohne Schulranzen‘, die Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal, die Alte Feuerwache oder die Aktion Kindertal“, so Klaus Jürgen Reese abschließend.

Herausgeber: SPD-Ratsfraktion / Johannes-Rau-Platz 1 / 42275 Wuppertal / Telefon (02 02) 563 24 44 / Fax: (02 02) 244 09 87 / info@spdrat.de
Redaktion: Ulf Klebert (v.i.S.d.P.), Maren Bergmann, Sarah Hoffmann, Jürgen Vitenius

Zahlreiche Sportbauprojekte wurden realisiert

Der Rohbau der Sporthalle Katernberg befindet sich in den letzten Zügen. Der Innenausbau hat pünktlich begonnen, so dass einer Fertigstellung im Sommer 2021 nichts im Wege steht.

„Neben dem bereits seit einigen Wochen fertiggestellten Supermarkt an der Nevigeser Straße entsteht aktuell eine große Dreifach-Sporthalle mit zusätzlicher Turnhalle für die Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Kruppstraße. Mehr als 11,5 Millionen Euro kostet dieses Schulbauprojekt. Wenn man bedenkt, dass die Errichtung der Dreifach-Sporthalle an der Gesamtschule Langerfeld vor knapp fünf Jahren mit lediglich 3,7 Millionen Euro zu Buche geschlagen hat, wird deutlich, mit welcher enormen Baukostensteigerung das städtische Gebäudemanagement (GMW) in der jüngsten Vergangenheit zu kämpfen hat“, so Renate Warnecke, Vorsitzende des Betriebsausschusses GMW.

„Landauf / landab sind die Auftragsbücher der Baufirmen so gut gefüllt, dass sich viele Firmen gar nicht mehr an kommunalen Ausschreibungen beteiligen. In der Folge musste allein die Sporthalle an der Nevigeser Straße drei Mal ausgeschrieben werden, bis endlich im letzten Jahr eine ausführende Firma gefunden werden konnte“, erläutert Renate Warnecke weiter.

„Trotz dieser Widrigkeiten und der schwierigen finanziellen Ausstattung, hat das GMW in den vergangenen Jahren zahlreiche Sportbauprojekte realisieren können. So wurde u. a. ein Edelstahlbecken in das Schwimmsportleistungszentrum eingepasst, die Sanierung diverser Turnhallen umgesetzt, und mehrere Sportplätze konnten im Zusammenspiel mit den jeweiligen Vereinen zu Kunstrasenplätzen umfunktioniert werden. So z. B. der Sportplatz Schönebeck am Rott oder der Sportplatz an der Grundstraße in Oberbarmen“, erklärt der sportpolitische Sprecher der Fraktion, Guido Grüning.

Freibad Mählersbeck

„Maßgeblich vorangetrieben hat unsere Fraktion auch die Bemühungen der Stadt, die Sanierung des letzten städtischen Freibades, die Mählersbeck, auf die Schienen zu setzen. Insbesondere dank des Einsatzes unseres Bundestagsabgeordneten Helge Lindh wird diese Maßnahme mit der Höchstfördersumme des Bundes für Sportstätten mit vier Millionen Euro gefördert. Das GMW sichert die Sanierung mit weiteren fünf Millionen Euro ab. Neben der baulichen Modernisierung wird dort auch das Thema Lärmschutz berücksichtigt und eine energetische Sanierung vorgenommen. Nun bleibt zu hoffen, dass dieses Sportbauprojekt auch ab 2021 zügig umgesetzt wird“, so Guido Grüning abschließend.

Der Sportplatz an der Grundstraße hat nicht nur einen neuen Kunstrasen, sondern auch eine Laufbahn mit Kunststoffbelag erhalten.

Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft

SPD-Forderung bleibt bestehen!

Eine Stadtentwicklungsgesellschaft könnte noch besser die Potentiale unserer Stadt erkennen, gezielt Fördermittel akquirieren und nachhaltige Lösungen für Brachen finden.

„Bei der von uns geforderten Einrichtung einer Wuppertaler Stadtentwicklungsgesellschaft geht es nicht allein um die Entwicklung städtebaulicher Problemgrundstücke, sondern insbesondere auch um die Förderung des Wohnungsneubaus im Kontext der Stadtentwicklung. Gerade vor dem Hintergrund der vielschichtigen Eigentümerstrukturen in Wuppertal wäre eine Stadtentwicklungsgesellschaft ein geeignetes Instrument zur Lenkung des Wohnungsmarktes. Bedauerlicherweise hat das schwarz-grüne Kernbündnis unserem Antrag auf Gründung einer solchen Gesellschaft im letzten Jahr eine Absage erteilt“, so Klaus Jürgen Reese, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen.

Mehrbedarf von 15.000 Wohneinheiten

„Wuppertal hat eine Fläche von fast 170 Quadratkilometer und gut 362.000 Einwohnerinnen und Einwohner – Tendenz steigend. Unsere Stadt erwartet einen Mehrbedarf von 15.000 Wohneinheiten in den nächsten zehn Jahren und auch wir merken, dass die Immobilienpreise in unserer Stadt anziehen. Große Sorgen bereitet mir die Entwicklung im Bereich von Wohnungen mit Sozialbindung. Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ist für uns ein fester Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal (GWG) wieder in ordentlichem Fahrwasser ist und insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus unseren Wohnungsmarkt mitgestalten kann“, so der Fraktionsvorsitzende weiter. „Eine breit aufgestellte Stadtentwicklungsgesellschaft, mit der Stadt, ggf. der Stadtsparkasse oder GWG und weiteren Akteuren der Stadtentwicklung als Gesellschafter, könnte im Zusammenspiel sicherlich viel gezielter Fördermittel akquirieren und nachhaltige Lösungsansätze für Problemquartiere oder Brachflächen entwickeln“, so Klaus Jürgen Reese abschließend.

Flächenpolitik gestalten, sozialen Wohnungsbau stärken

Wuppertal ist eine wachsende Stadt. Nach Angaben des Landesbetriebs Statistik und IT-Dienstleistungen werden die Bevölkerungszahlen in den Großstädten des Regierungsbezirkes weiter zunehmen. Dadurch wird Wuppertal in den kommenden 20 Jahren einen Mehrbedarf von rund 15.000 Wohneinheiten haben. Diese deutliche Veränderung in der Einwohnerentwicklung und der damit prognostizierte Mehrbedarf an Wohnraum hat auch der Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf erkannt und jüngst eine Änderung des Regionalplanes mit breiter Mehrheit beschlossen.

„Für eine zukunftsfähige, gesteuerte, nachhaltige und auch angebotsorientierte Flächenentwicklung und insbesondere für den Wohnungsbau ist es notwendig, neue Wohnbauflächen zu identifizieren“, erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender und Sprecher im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen. „Der Erhalt und die weitere Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist dabei ein fester Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir in Wuppertal auch die Errichtung von öffentlich geförder-

Ohne die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH (GWG) wäre es um den sozialen Wohnungsbau in Wuppertal wohl noch deutlich schlechter gestellt.

Fortsetzung von S. 4

tem Wohnraum stärken. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ein Handlungskonzept zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus eingebracht und in der Juni-Ratssitzung dieses Jahres beschlossen“, so Klaus Jürgen Reese weiter.

Mieten sind gestiegen

Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher und Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen, führt weiter aus: „Der soziale Wohnungsbau ist für uns ein wichtiges Instrument, um ein qualitativ gutes Wohnraumangebot in unserer Stadt auch für Menschen mit geringerem Einkommen sicherzustellen. Auch in Wuppertal sind die Mieten in den letzten Jahren sichtbar gestiegen, die Preissteigerung innerhalb des letzten Jahrzehnts beträgt rund 36 Prozent. Gleichzeitig nimmt die Quote des öffentlich geförderten und damit im Preis gebundenen sozialen Wohnungsbaus ständig ab. Sie beträgt heute nur noch rund 6,6 Prozent des Wuppertaler Wohnraums. Im Handlungskonzept vorgesehen ist jetzt eine 20-Prozent-Quote an sozialem Wohnungsbau, bezogen auf die Anzahl der Wohneinheiten. Diese Quote gilt ab einer Projektgröße von 20 Wohneinheiten und 2.000 Quadratmetern Grundstücksfläche und gilt sowohl für Sanierungen im Bestand, als auch für Neubauten.“

Massiver Unterversorgung aktiv entgegensteuern

Klaus Jürgen Reese abschließend: „Das Handlungskonzept arbeitet nochmal klar heraus, dass die Zahl der preisgebundenen Wohnungen um fast 28 Prozent sinkt, wenn dieser Entwicklung nicht entgegengesteuert wird. Entsprechend ist davon auszugehen, dass die Zielgruppe für den sozialen Wohnungsbau mit einer massiven Unterversorgung an entsprechendem Wohnraum konfrontiert wäre. Der Logik folgend sehen wir uns mit der Intention unseres Antrages und der Umsetzung durch das Handlungskonzept sowie mit unserem politischen Grundsatz, auch in der Flächenpolitik den Dreiklang aus Ökologie, Sozialem und Ökonomie im Blick zu behalten, klar bestätigt.“

Standortfaktor kommunale Daseinsvorsorge

Eine gute kommunale Daseinsvorsorge ist ein wichtiger Beitrag für eine gute Lebensqualität vor Ort. Die kommunale Hand sorgt, gemeinsam mit öffentlichen und privaten Unternehmen, jeden Tag für einen funktionierenden Alltag: Die Versorgung mit Energie und Wasser, die Entsorgung von Müll und Abwasser, der ÖPNV, gepflegte Parks, bezahlbarer Wohnraum und vieles mehr zählen dazu.

„Die Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) und die Stadtwerke (WSW) können einige Projekte vorweisen, die richtungsweisend sind. Zuletzt gehören dazu z. B. der Ausbau der Fernwärmetrasse mit der Nutzungsumstellung der Energieversorgung auf Abwärme aus dem Müllheizkraftwerk - das alte Kohlekraftwerk in Elberfeld konnte dafür stillgelegt werden - und ganz aktuell die Einführung von Wasserstoffbussen. Diese werden mit am Müllheizkraftwerk selbst produziertem Wasserstoff betankt“, erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender.

3.000 preisgedämpfte Wohnungen

Der stellv. Fraktionsvorsitzende Servet Köksal ergänzt: „Ein wichtiger, weiterer Faktor ist für uns der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum. Wohnen wird zunehmend zu einer der zentralen sozialen Fragen. Deshalb zahlt sich unser Einsatz für den Erhalt und die Konsolidierung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH (GWG) aus. Das war ein richtiger und wichtiger Schritt, weil rund ein Drittel der GWG-Wohnungen öffentlich gefördert sind. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Insgesamt bietet das Unternehmen rund 3.000 preisgedämpfte Wohnungen an und sorgt so maßgeblich für bezahlbares Wohnen in Wuppertal. Die für die nächsten 10 Jahre geplanten Investitionen in Höhe von 130 Mio Euro, unter anderem in den Wohnungsbestand, in gewerblich genutzte Flächen und das Heidter Carré mit einer Kita, begrüßen wir sehr.“

„Wir wollen ein funktionierendes und lebenswertes Umfeld für Wuppertals Bürgerinnen und Bürger und attraktive Standorte für die Wirtschaft erhalten und schaffen. Der Gleichklang aus Ökonomie, Sozialem und Ökologie zieht sich wie ein roter Faden durch sämtliche unserer politischen Entscheidungen“, fasst Klaus Jürgen Reese abschließend zusammen.

Der Bau der Mietwohnungen und der angrenzenden AWO-KiTa am Heidter Berg haben bereits begonnen.

Föderung Radverkehr in Wuppertal

„Das Fahrrad ist in Wuppertal, trotz der topografischen Besonderheiten, zu einem wichtigen Bestandteil der Nahmobilität geworden. Die ständig wachsende Bedeutung der E-Mobilität beim Fahrrad, die gerade in unserer bergigen Stadt große Chancen bietet, trägt zu dieser positiven Entwicklung bei“, erläutert Volker Dittgen, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr. „Die Nordbahn-, die Samba- und auch die Schwarzbachtrasse erschließen für das Fahrrad ganz neue Verkehrsverbindungen. Unser fortlaufender Einsatz im Rahmen des Projektes ‚Fahrradstadt Wuppertal 2025‘ gilt insbesondere besseren Anschlussverbindungen der Trassen allgemein, sowie der Nordbahntrasse an die Innenstädte, einer weiteren, talachsenparallelen Radwegeverbindung zwischen den Zentren von Elberfeld und Barmen sowie den fortlaufenden Radwegeausbau bei Straßensanierungen. Auch für überregionale Anbindungen an unser bestehendes Radwegenetz machen wir uns stark: Eine Rad-Schnellverbindung zwischen Wuppertal und Düsseldorf wollen wir voranbringen.“

Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, ergänzt: „Das aktualisierte Radverkehrskonzept, welches 2019 beschlossen wurde, zeigt die stadtweiten Leitlinien auf und bildet das Gerüst für die weiteren Maßnahmen. So sind für die ‚Fahrradstadt Wuppertal 2025‘ unter anderem auch die vielen mehr oder weniger großen und kleinen Maßnahmen in den Stadtbezirken von Relevanz. Hier nenne ich als Beispiele die gegenläufige Öffnung von Einbahnstraßen für Fahrräder, die Errichtung von Schutzstreifen, Radabstellanlagen sowie neue Verkehrsführungen für Fahrradfahrende.“

„Natürlich darf der Radverkehr nicht allein betrachtet werden, sondern muss vielmehr als Teil eines großen Mobilitätskonzeptes gesehen werden. Denn auch wenn der Radverkehr zunehmend an Bedeutung gewinnt, müssen wir erkennen, dass der Verkehrsraum begrenzt ist und neben dem Fahrrad noch weitere Individualverkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie der ÖPNV berücksichtigt werden müssen. Wir werden die gesamte Mobilitätsentwicklung in unserer Stadt weiter positiv begleiten und verantwortungsvolle Entscheidungen im Sinne aller Wuppertaler und Wuppertalerinnen treffen“, so Volker Dittgen abschließend.

Nicht mehr zu übersehen: Die neue Rad- und Fußwegmarkierung an der Vogelsangstraße/Ecke Westfalenweg.

Im Rollstuhl durch Wuppertal

Zu einer besonderen Stadterkundung hatte die SPD-Ratsfraktion eingeladen: Gemeinsam mit dem SPD-Stadtverordneten Ioannis Stergiopoulos und dem damaligen Vorsitzenden im Beirat der Menschen mit Behinderung, Hans Bernd Engels, beide Rollstuhlfahrer, ging es auf Tour durch Barmen und Elberfeld, inklusive Schwebebahnfahrten. „Wir möchten die Menschen für unsere Themen sensibilisieren und dazu bewegen, einmal bewusst die Perspektive zu wechseln und unsere Stadt aus der Sicht von mobilitätseingeschränkten Menschen zu betrachten und zu erfahren“, erklären Hans Bernd Engels und Ioannis Stergiopoulos, die die Route der Tour mit festgelegt hatten.

„Wuppertal ist auf einem guten Weg und bezieht die Inklusion, die Barrieren beseitigt, in alle Planungen ein. Das schreibt auch das Handlungsprogramm zur Wuppertaler Inklusionspolitik ‚Ein Wuppertal für Alle‘ vor, das auf den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention fußt und für alle Bereiche der Verwaltung gilt. Natürlich ist die Stadt nicht von jetzt auf gleich barrierefrei, aber alle Geschäftsbereiche arbeiten an Verbesserungen. Es muss als Generationenaufgabe gesehen werden, den Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft zu schaffen“, ergänzt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Thomas Kring. „Aber auch im Privaten, z. B. beim Parken oder Mülltonne rausstellen, kann jeder Einzelne helfen, indem er oder sie daran denkt und darauf Rücksicht nimmt, dass z. B. für Menschen mit Rollatoren, Kinderwagen oder Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer ein Hindernis auf dem Gehweg schnell zu einer unüberwindbaren Barriere werden kann“, so Ioannis Stergiopoulos abschließend.

Barrierefreiheit muss immer und immer wieder zum Thema gemacht werden, damit sie langsam aber sicher selbstverständlicher Bestandteil eines gemeinsamen Zusammenlebens wird.

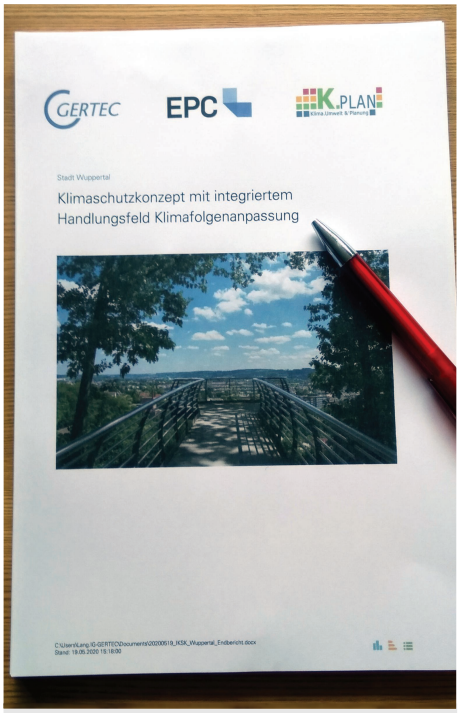
Klimaschutz: Wuppertal erreicht EU- und Bundesvorgaben

Das machte die Verwaltungsantwort auf eine Große Anfrage der SPD-Ratsfraktion deutlich: „Konkret hat unsere Fraktion nachgefragt, wie die Stadt Wuppertal in Sachen CO2-Einsparung in Bezug auf die Zielvorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens bzw. des daraus abgeleiteten, verschärften Bundesklimaschutzgesetzes aufgestellt ist“, erläutert Klaus Jürgen Reese, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. „Die Bewältigung des Klimawandels ist eine globale Herausforderung, der wir auch hier vor Ort, auf kommunaler Ebene, mit unseren Entscheidungen begegnen müssen. Das Projekt ‚H2-W - Wasserstoffmobilität für Wuppertal‘ ist ein solcher Beitrag, der erheblich zur CO2-Einsparung beitragen wird. Die ersten 10 Busse mit Wasserstoffantrieb rollen bereits seit Juni durch Wuppertal – so gut wie emissionsfrei. Die Umstellung der Fernwärmeversorgung mit Wärme aus dem Müllheizkraftwerk auf Korzert ist ein weiteres, ganz großes Rad in Sachen CO2-Reduzierung. Durch die damit verbundene Stilllegung des Kohlekraftwerkes in Elberfeld belasten in Wuppertal 450.000 Tonnen CO2 pro Jahr weniger die Umwelt. Dies entspricht dem jährlichen CO2-Ausstoß von 120.000 Autos. Auch die Förderung des Radverkehrs, unterstützt durch das Radverkehrskonzept, und viele weitere städtische Maßnahmen werden mittel- und langfristig zu weiteren Verbesserungen des Stadtklimas führen“, verdeutlicht Klaus Jürgen Reese.

Senkung der Treibhausgase (THG) um 40 Prozent

„Entsprechend kann sich die Stadt Wuppertal mit ihren Aktivitäten, hin zu einer klimafreundlicheren Stadt und der bisherigen Bilanz, z. B. zur CO2-Einsparung, sehen lassen“, führt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, aus. „Die Treibhausgas (THG)-Emissionen konnten laut aktueller Prognose der Verwaltung seit 1990 bis heute um mehr als 40 % gesenkt werden. Damit hätte Wuppertal das THG-Minderungsziel der Bundesregierung (minus 40 Prozent bis 2020) sogar übererfüllt. Übrigens: Der ‚Green-City-Plan‘ der Stadt Wuppertal wurde als einer der fünf besten Luftreinhaltepläne in Deutschland prämiert und auch die bereits genannten Projekte zur Wasserstoffmobilität und Fernwärmeversorgung aus dem Müllheizkraftwerk finden bundesweit Beachtung und haben Vorbildcharakter.“

„Das in der Juni-Sitzung des Rates vorgestellte städtische Klimaschutzkonzept zeigt weitergehende, konkrete Maßnahmen auf, um an das große Pariser Klimaziel einer weitestgehenden THG-Neutralität ab 2050 heranzukommen. Dabei setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass auch hier der Gleichklang der Nachhaltigkeit aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem in Wuppertal erhalten bleibt. Mit der bisherigen Bilanz können wir zwar noch lange nicht die Hände in den Schoß legen, aber wir freuen uns über das bereits Erreichte und dürfen optimistisch in die Zukunft blicken“, so Klaus Jürgen Reese abschließend.



Das Klimaschutzkonzept für die Stadt Wuppertal umfasst 609 Seiten.

Effektiver Lärmschutz für mehr Wohnqualität

„Der aktuelle städtische Lärmaktionsplan zeigt Lärm-Brennpunkte auf und beschreibt Maßnahmen zur Eindämmung derselben. Hauptlärmverursacher ist in Wuppertal demnach der Straßenverkehr. Insbesondere die Autobahnen A 46 und A 1 sind Hauptquellen von belastendem Lärm in unserer Stadt. „Entsprechend lassen wir nicht nach, uns beim Bund und dem Land NRW für besseren Lärmschutz einzusetzen. Die A 46 hat heute, anders als zu Zeiten ihres Baus geplant, eine überregionale Bedeutung. Entsprechend groß ist das Verkehrsaufkommen auf dieser Autobahn und ihrer Zubringer. Gerade deshalb erwarten wir, dass im Zuge des Ausbaus und der Sanierungen die Lärmschutzmaßnahmen erheblich erweitert werden“, so Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses.

Glaswände haben Lärm nicht wesentlich reduziert

„Zuletzt haben wir beispielsweise im Verkehrsausschuss hinterfragt, welche Schallschutzmaßnahmen im Zuge der Sanierung der Brücke Uellendahler Straße installiert werden sollen. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Mirker Höhe haben ein berechtigtes Interesse daran, dass sich die Lärmsituation grundlegend verbessert. Die Glaswände am südlichen Brückenrand der bestehenden Autobahn-

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 7

Das Quartier ‘Mirker Höhe’ wird durch die Glaswandkonstruktion entlang der A 46 sogar noch stärker mit Lärm belästigt als zuvor.

brücke Uellendahler Straße haben in der Vergangenheit jedenfalls nicht für die gewünschte Reduzierung der Schallemissionen gesorgt. Die Installation hat vielmehr die Schallemissionen auf die gegenüberliegende Wohnbebauung Mirker Höhe reflektiert“, erklärt Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Volker Dittgen stellt abschließend fest: „Der durch die Autobahnen verursachte Lärm ist ein entscheidender Faktor für die Wohnqualität in autobahnnahen Wohngebieten. Aus diesem Grunde sollten zukünftige Lärmschutzmaßnahmen effektiver sein und damit die Wohnqualität der betroffenen Wuppertaler Wohnbebauungen nachhaltig verbessern.“

Ein richtig großer Sprung in Sachen Klimaschutz: Kohlekraftwerk aus, Fernwärme an

Mit der Eröffnung der neuen Fernwärmetrasse, die das Müllheizkraftwerk auf Korzert an das bestehende Fernwärmenetz im Tal anschließt, konnte das alte Kohle-Heizkraftwerk an der Kabelstraße in Elberfeld 2018 außer Betrieb genommen werden. Damit wurde nach fast 120 Jahren des Betriebs am Standort Elberfeld dieses Kapitel der Energieversorgung in Wuppertal endgültig geschlossen. „Das ist ein ganz großes Rad in Sachen Klimaschutz und Luftqualität für unsere Stadt“, erklärt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. „Die Energiewende betrifft neben Strom insbesondere auch Wärme. Über 40 Prozent des CO2-Ausstoßes werden durch Wärmebedarf verursacht. Nach Angaben der Wuppertaler Stadtwerke verringert sich der Kohlendioxid-Ausstoß durch die Umstellung von Kohleheizkraft auf Müllheizkraft zur Fernwärmeversorgung um rund 450.000 Tonnen pro Jahr. Dies entspricht dem jährlichen CO2-Ausstoß von 120.000 Autos. Zusätzlich werden etwa 200 Tonnen Stickoxide (NOx) im Jahr vermieden.“

Nutzung der Abwärme ist sinnvoll und nachhaltig

Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Klaus Jürgen Reese, Aufsichtsratsvorsitzender der Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal mbH (AWG), fügt hinzu. „Das Wuppertaler Beispiel – die Nutzung der Abwärme aus der Müllverbrennung für die Wärmeversorgung, u. a. von Privathaushalten, Industriebetrieben und städtischen Gebäuden – findet bundesweit Beachtung.“ Und Reese weiter: „Die Stilllegung des alten Kohlekraftwerks, das auch Fernwärme geliefert hat, bringt neben dem erheblichen Nutzen für die Umwelt übrigens auch finanzielle Vorteile: Die Wärmeenergie aus der Müllverbrennung ist ja ohnehin vorhanden. Diese dann weiter zu nutzen, ist konsequent, sinnvoll und nachhaltig.“

„Durch den Verzicht der Verstromung von Kohle in Wuppertal werden die Treibhausgas- und Stickoxidemissionen sowie die Feinstaubbelastung erheblich verringert. Damit ist Wuppertal dem Erreichen der Klimaschutzziele und der Verwirklichung des Luftreinhalteplans einen deutlichen Schritt näher gekommen“, fasst Frank Lindgren abschließend zusammen.

Die Umstellung von Müllheizkraft auf Fernwärmeversorgung verringert den Kohlendioxid-Ausstoß in Wuppertal um rund 450.000 Tonnen.

Uni-Anbindung an den Hauptbahnhof muss verbessert werden

„Ich bin schon ein bisschen wehmütig, dass das Seilbahnprojekt nicht die erforderliche Zustimmung gefunden hat. Das ist zwar vergossene Milch, aber die Seilbahn wäre für die Bergische Universität in jeder Hinsicht ein Glücksfall gewesen. Nun müssen wir stattdessen mit vereinten Kräften dafür Sorge tragen, dass die Bus-Anbindung im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten verbessert wird“, so Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses.

„Hierzu hat der Verkehrsausschuss Anfang dieses Jahres einer Beschlussvorlage der Verwaltung zugestimmt, die unter anderem den Zwei-Richtungs-Verkehr am Oberen Grifflenberg vorsieht. Die Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Uni könnten dadurch von einer deutlich verbesserten Busanbindung profitieren. Gleichzeitig erwarten wir, dass die Verhandlungen mit den WSW für kurzfristige Maßnahmen zügig vorangebracht werden“, ergänzt Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion.

„Hier gilt insbesondere, die bislang angebotenen Transportkapazitäten zum Campus Grifflenberg durch die WSW auszuweiten. Aber auch von Seiten der Uni kann durch gestaffelte Vorlesungsanfangszeiten u. U. eine zeitliche Entzerrung des Fahrgastaufkommens erzielt werden. Dies alles sind Lösungsansätze, die in der Summe sicherlich eine Verbesserung darstellen werden. Der große Wurf, wie es ein so leistungsfähiges Verkehrsmittel wie eine Seilbahn gewesen wäre, wird uns mit diesen Teillösungen allerdings nicht gelingen“, bedauert Volker Dittgen abschließend.

Die Anbindung der Uni an die Innenstadt, bzw. an den Döppersberg, muss unbedingt verbessert werden.

Wichtiger Dialog mit Wuppertaler Kleingärtnern

Das prominent besetzte Treffen der alljährlich auf Einladung der SPD-Ratsfraktion stattfindenden Treffen von SPD-Stadtverordneten, dem Oberbürgermeister und Verwaltungsmitgliedern mit den Wuppertaler Vorständen der Kleingartenvereine ist längst Tradition. Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, erklärt dazu: „Uns liegt der regelmäßige Austausch mit den Gartenfreundinnen und -freunden sehr am Herzen. Die Kleingartenanlagen – 117 sind es in Wuppertal, die im Stadtverband Wuppertal der Gartenfreunde organisiert sind, mit fast 7.000 Einzelgärten – sind ein prägender und wichtiger Teil unserer Stadt. Die Kleingartenanlagen sind öffentlich zugänglich und bilden so auch wohnortnahe Erholungs- und häufig auch Spielmöglichkeiten für Kinder. Auch ökologisch sind die Kleingartenanlagen von besonderem Interesse und gewinnen in der Diskussion um Insektensterben und schlechte Stadtluft zunehmend an Bedeutung.“

Anliegen der Gartenfreunde

„Fragen und Anliegen der Kleingärtner, die bei den jährlichen Treffen durch die Anwesenheit von Politik, Verwaltung und Vorstand des Stadtverbandes Wuppertal der Gartenfreunde meist schnell und unkompliziert geklärt werden können, betreffen z. B. Spielgeräte in den Anlagen, die Verkehrssicherungspflicht, Grünschnittentsorgung und die häufig problematische Suche nach Nachwuchskräften für die Vorstandsarbeit der Kleingartenvereine.

Neben dem praktischen Nutzen dieser Treffen, möchten wir im Rahmen dieser Veranstaltung auch unsere große Wertschätzung gegenüber den ehrenamtlich tätigen Vorständen der Kleingartenvereine und den Kleingärtnerinnen und -gärtnern insgesamt zum Ausdruck bringen“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende Klaus Jürgen Reese. „Auch für die Zukunft versprechen wir daher: Fortsetzung folgt!“

Wie so viele der 117 Wuppertaler Kleingartenanlagen ist auch die Anlage am Missionsberg ein wunderschönes und idyllisches Kleinod.

Schulbaumaßnahmen - Tolle Projekte umgesetzt

Die 6. Gesamtschule und der Neubau der städt. Grundschule Kruppstraße (oben) bilden zusammen nun das Schulzentrum Kruppstraße.

„Eine ganze Reihe von Schulbauprojekten sind in dieser letzten Ratsperiode umgesetzt worden: Das Berufskolleg „Am Haspel“ wurde vollständig saniert, eine Gesamtsanierung des Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasiums realisiert, diverse Grundschulen teilweise oder wie z. B. die Grundschulen Kruppstraße und Nathrather Straße komplett saniert, der Ausbau des Offenen Ganztags an zahlreichen Standorten massiv vorangetrieben und der Bau der 6. Gesamtschule umgesetzt. Die dazugehörige Vierfachsporthalle wird den Schülerinnen und Schülern ab dem Schuljahr 2021/22 zur Verfügung stehen. Eine gute Bilanz, wie ich finde“, erklärt Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung.

„Das Schulbauprogramm der letzten Jahre kann sich sehen lassen. Tatsache ist aber auch, dass wir mit dem Bau gar nicht so schnell nachkommen, wie die Schülerzahlen wachsen. Wuppertal ist – entgegen eines langjährigen Trends – wieder eine wachsende Stadt. Für das Jahr 2025 wird von ca. 367.000 Einwohnern ausgegangen. Das ist ein positiver Trend, doch resultieren daraus für die städtischen Einrichtungen auch Herausforderungen. Auch und vor allem im Bereich der Schulen. Steigende Schülerzahlen erfordern zusätzlichen Schulraum. In wenigen Jahren werden wir ca. 2000 Schülerinnen und Schüler zusätzlich unterbringen müssen. Das ist keine Schätzzahl, diese Kinder sind bereits auf der Welt“, so Servet Köksal, Sprecher im Ausschuss für Schule und Bildung.

„In 2018 haben wir eine Schulentwicklungsplanung beschlossen, die aufgrund dieser Entwicklungen neben zahlreichen Erweiterungsmaßnahmen im Schulbestand auch den Bau einer zusätzlichen dreizügigen Grundschule in Wichlinghausen und einer weiteren sechszügigen Gesamtschule im Wuppertaler Osten vorsieht. Diese Baumaßnahmen müssen nun zügig realisiert werden, denn die Stadt Wuppertal muss als Schulträger auch zukünftig ausreichend Schulraum zur Verfügung stellen“, so Renate Warnecke abschließend.

Preisträger beim Wettbewerb „Schulen planen und bauen“ 2013 der Montagstiftung — das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium.

Ausbau Offener Ganztag - wir bleiben dran!

„Allein in den letzten vier Jahren sind im Offenen Ganztag rund 900 OGS-Plätze hinzugekommen. Damit liegt die Versorgungsquote bei ca. 39,5 Prozent. Dass das noch nicht ausreicht, ist vollkommen klar, aber wir gehen Schritt für Schritt in die richtige Richtung - nicht zuletzt auch Dank des Förderprogramms ‚Gute Schule 2020‘ “, erklärt Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung.

„Aktuell kann die Stadt Wuppertal fast 5.000 Schülerinnen und Schülern einen Platz im Offenen Ganztag anbieten. Da wir im Laufe dieser Ratsperiode die Fördersätze für den OGS-Bereich strukturell um 1,5 Prozent erhöht haben, investieren wir aber nicht nur in die Anzahl der Plätze, sondern auch in die Qualität des Ganztags“, ergänzt Servet Köksal, Sprecher im Ausschuss für Schule und Bildung. Servet Köksal weiter: „Der Vorstoß des Kernbündnisses aus CDU und GRÜNEN, die Elternbeiträge zu erhöhen, um so den weiteren Ausbau finanzieren zu können, war jedoch ein absoluter Systembruch. Durch die Erhöhung von Elternbeiträgen den Ausbau städtischer Einrichtungen zu finanzieren, ist ein eiskalter, unsozialer und ungerechter Weg."

„Jeder neu geschaffene Platz ist eine gute Nachricht, denn die Zusage für einen Betreuungsplatz ist in den allermeisten Fällen der entscheidende Faktor, um Familie und Beruf unter einen Hut bringen zu können. Die weitere Ausbauphase muss jetzt allerdings dringend Antworten für die Schulen finden, die augenscheinlich keine räumlichen Erweiterungsmöglichkeiten vorweisen können. Aber auch hier bin ich zuversichtlich, dass die Fachverwaltung gangbare Lösungen finden wird“, so Renate Warnecke abschließend.

Fast 5.000 OGS-Plätze kann Wuppertal aktuell anbieten.

Frühkindliche Bildung: Mehr soziale Gerechtigkeit und Ausweitung des KiTa-Ausbaus

Das großzügig angelegte Außengelände der Kindertageseinrichtung an der Rudolfstraße liegt direkt oberhalb des Sportplatzes und bietet viel Platz zum Spielen.

„Die Einführung der neuen Beitragstabelle für Kindertageseinrichtungen hat in jedem Fall zu mehr sozialer Gerechtigkeit geführt, denn sie orientiert sich deutlich besser an der jeweiligen Einkommenssituation der Eltern und ist im Ganzen sozial gerechter gestaltet. Ein späterer Gebühreneinstieg und eine feinere Abstufung der Einkommensgrenzen im Bereich der mittleren Einkommen haben ihre Wirkung nicht verfehlt und ich bin stolz, dass wir das in dieser Ratsperiode umsetzen konnten“, so Renate Warnecke, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses (JHA).

„Mit der Unterstützung unserer Fraktion konnte insbesondere auch der KiTa-Ausbau in unserer Stadt wesentlich vorangetrieben werden. Seit 2014 sind 32 zusätzliche Kindertageseinrichtungen in Wuppertal entstanden, was über die ganze Stadt verteilt ein Plus von 2.461 Plätzen ausmacht. Zum Stichtag 01.08.2020 werden wir insgesamt 12.992 Betreuungsplätzen vorhalten. Das ist ein deutlicher Zuwachs.

„Kommen mit dem Ausbau kaum hinterher“

Durch die stetig steigenden Kinderzahlen bedeutet diese Entwicklung gleichzeitig, dass wir die Betreuungsquote für unter dreijährige Kinder nur um ganze 4 Prozentpunkte, also von 85 auf 89 % verbessern konnten. Das macht deutlich, dass wir mit dem Ausbau der Plätze kaum hinterherkommen und dieses Thema auch zukünftig ganz maßgeblich die frühkindliche Bildungspolitik in unserer Stadt beschäftigen wird“, so Dilek Engin, Sprecherin im JHA.

„Eine große Hilfe waren sicherlich die Bundesmittel zum bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen, das hat der ganzen Sache einen ordentlichen Anschub gegeben. Was mir allerdings große Sorge bereitet, ist die Suche nach geeigneten Grundstücken insbesondere in den dicht besiedelten Quartieren. Da wo die meisten Plätze benötigt werden, im Wuppertaler Osten, ist die Grundstücksfrage am schwierigsten. Hier sind jetzt wirklich kreative und vor allem bedarfsgerechte Lösungen gefragt“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Renate Warnecke abschließend.

Mit Städtebauförderprogramm ‚Soziale Stadt‘ vieles gewuppt

Die Neugestaltung der Spielplätze Matthäusstraße, Allensteinstraße, Giesenberg, Windhuk- und Eintrachtstraße, die Aufwertung des Nordparks inklusive Spiel- und Bolzplatz, der ‚BOB-Campus‘ auf dem ehemaligen Gelände der Bünger-Textilwerke, Haushüteprojekte, Fassadenprogramme: Die Liste der bereits umgesetzten und in Umsetzung befindlichen Maßnahmen, die mit Mitteln aus dem Förderprogramm Soziale Stadt allein in den letzten fünf Jahren umgesetzt werden konnten, ist lang.

„Wir freuen uns sehr über diese Förderungen, die den Quartieren Oberbarmen/Wichlinghausen sowie Heckinghausen im Wuppertaler Osten zugutekommen, denn hier ist der Bedarf besonders groß“, erklärt Renate Warnecke, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses. „Natürlich müssen wir auch die nicht durch das Programm ‚Soziale Stadt‘ geförderten Quartiere im Blick behalten. Daher begrüßen wir auch, dass für das Haushaltsjahr 2020 weitere ca. 630.000 Euro an städtischen Mitteln für die Neugestaltung von Spielflächen zur Verfügung gestellt wurden. Gleich drei weitere Spielplätze können so in diesem Jahr saniert werden.“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Servet Köksal verdeutlicht abschließend: „Es ist gut und wichtig, dass die städtische Vorhabenliste sukzessive nach Prioritäten abgearbeitet wird und gute Teile der Fördermittel aus dem Programm ‘Soziale Stadt’ in die Sanierung von Spielflächen fließen. Allein kann die Stadt Wuppertal keine Riesensprünge machen, und es gibt noch viel zu tun in Sachen Spielflächensanierung. Daher haben wir zuletzt beantragt, dass die Verwaltung prüft, inwieweit sie ihre Anstrengung noch steigern kann, um die vorgezogene Instandsetzung und Wiederherstellung der Verkehrssicherheit und Bespielbarkeit von Spielplätzen zu beschleunigen. Leider fehlten CDU und GRÜNEN im Stadtrat die Handlungsbereitschaft, unseren Antrag zu beschließen. Damit hat das Kernbündnis leider ein weiteres Mal belegt, dass es einen Kernstillstand für unsere Stadt bedeutet.“

Der Nordpark hat durch die ‘Soziale Stadt’ eine enorme Aufwertung erfahren.

Der Döppersberg - ein gelungenes Eingangstor für unsere Stadt

Der Umbau des Döppersbergs und die damit verbundende lang währende Sperrung der B 7 hat für die meisten Wuppertalerinnen und Wuppertaler eine ziemliche Belastung dargestellt. Auch wenn das Thema ‘Mauersteine’ Politik und Verwaltung noch einige Jahre beschäftigen wird, ist der neu gestaltete Döppersberg ein gelungenes Eingangstor für die Besucherinnen und Besucher unserer Stadt. Der untere Platz wirkt sehr einladend und ist Dank des Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ESW (Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal) ausgesprochen sauber.

Teilhabechancengesetz: Eine neue Perspektive für Langzeitarbeitslose

„Seit dem 1. Januar 2019 ist das Teilhabechancengesetz (THCG) des Bundes in Kraft. Langzeitarbeitslosen Menschen wird über das neue Bundesgesetz der Weg in langfristig ausgelegte auskömmliche Jobs und damit in den Wiedereinstieg ins Berufsleben geebnet. Insbesondere freuen wir uns darüber, dass die SPD-Forderung nach einer tariflichen Bezahlung der Geförderten, und nicht nur nach Mindestlohn, nach hartem Ringen mit der CDU auf Bundesebene, durchgesetzt werden konnte“, erklärt Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. „Über 300 Menschen hat das Wuppertaler Jobcenter über das neue Gesetz allein in 2019 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt, mindestens 220 weitere sollten in 2020 hinzukommen. Auf ca. 130 der 300 Stellen haben Wuppertaler übrigens Aufgaben übernommen, deren Erledigung zur Lebensqualität aller Wuppertalerinnen und Wuppertaler beitragen. Sie pflegen beispielsweise die Nordbahntrasse, die Hardt oder das Wupperufer, kümmern sich als Schulgesundheitsassistentinnen und -assistenten um Schülerinnen und Schüler oder arbeiten in Stadtteiltreffs.“

Gelungene Reintegration

Der Stadtverordnete Arif Izgi, Mitglied im Sozialausschuss, führt weiter aus: „Für die Umsetzung des THCG erhält das Wuppertaler Jobcenter seit 2019 jährlich rund 7 Mio. Euro zusätzliche Eingliederungsmittel vom Bund. Sehr zu begrüßen ist, dass die Stadt Wuppertal im Rahmen dieses Gesetzes zusätzlich 500.000 Euro pro Jahr für die Förderung von Arbeitsplätzen im kommunalen und öffentlichen Interesse bereitstellt. Eine hohe Bedeutung messen wir zudem dem Coaching bei, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen des Programms erhalten. Wir sind sicher, dass das mit zum guten Gelingen der Reintegration der Langzeitarbeitslosen in den Beruf beiträgt. Im Mittelpunkt der Förderung stehen laut Angabe des Jobcenters die Interessen der vermittelten Menschen und nicht die wirtschaftlichen Interessen des Arbeitgebers. So wird auch ein besonderes Augenmerk auf die Prüfung der potentiellen neuen Arbeitgeber gelegt. Das zahlt sich aus: Nur 8 % der geschlossenen Arbeitsverträge mussten wieder aufgelöst werden. Das sei, laut Angabe des Jobcenters, ein hervorragender Wert im Vergleich zu früheren Programmen.“

Corona-Pandemie

„Das neue Gesetz bietet guten Grund zur Hoffnung, dass Langzeitarbeitslose an den insgesamt positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Zukunft teilhaben können. Einen Einschnitt in diese Entwicklungen bildet die Corona-Pandemie. Inwiefern und in welchem Ausmaß der soziale Arbeitsmarkt betroffen ist, darüber wird die Verwaltung nach der Sommerpause berichten. Die SPD-Ratsfraktion hatte dazu in der Juni-Sitzung des Sozialausschusses einen Antrag gestellt“, ergänzt Thomas Kring abschließend.

Fokus auf den Integrationsrat

Im Haus der Integration an der Bundesallee tagt i. d. R. der Wuppertaler Integrationsrat.

„Viele Menschen, die in unserer Stadt wohnen, sind sich bislang gar nicht bewusst, dass sie ein Recht auf Teilhabe an demokratischen Gremienwahlen in Deutschland haben. Für uns ist es deshalb ganz besonders wichtig, dass der Integrationsausschuss deutlich mehr in den Fokus der Stadtgesellschaft rückt. Ich denke, die SPD-Ratsfraktion hat in der vergangenen Ratsperiode ihren Teil dazu beigetragen, dass dies auch ein Stück weit gelungen ist“, so Johannes van Bebber, Vorsitzender des Integrationsrates.

„Wir haben bei der Einführung der neuen Wahlordnung Wert darauf gelegt, dass diese auch eine eindeutige Vertretungsregel für die direkt gewählten Ausschussmitglieder vorsieht. Bislang war dies nicht der Fall, und dies wurde in der Vergangenheit immer wieder kritisiert. Des Weiteren hat sich unsere Fraktion dafür stark gemacht, dass die Wahl zum Integrationsausschuss 2020 durch eine möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit begleitet wird. Auf diese Weise kann nochmal explizit auf die Möglichkeit der direkten Teilhabe hingewiesen werden und wir erhoffen uns dadurch bei der Wahl am 13. September eine deutlich höhere Wahlbeteiligung“, ergänzt Ulrike Fischer, Mitglied im Integrationsrat.

Vielfalt des Glaubens

Bedarf für Muslimischen Friedhof wächst

„Eigentlich hätte der bundesweite erste Friedhof in muslimischer Trägerschaft schon im letzten Jahr eröffnet werden sollen. An der Krummacherstraße in der Varresbeck, in direkter Nachbarschaft zu einem jüdischen und einem evangelischen Friedhof. Leider konnte der Verein die erforderlichen 500.000 Euro Herrichtungskosten noch nicht in Gänze zusammentragen. Das ist besonders bedauerlich, da das einzige muslimische Gräberfeld auf dem Friedhof in Ronsdorf schon ausgeschöpft ist“, erklärt Johannes van Bebber, Vorsitzender des Integrationsrates.

„Es ist eine schwierige Situation, denn eigentlich sollte es doch vollkommen normal sein, dass Menschen mit muslimischer Religion nicht nur hier leben, arbeiten und zur Schule gehen, sondern auch in Wuppertal beerdigt werden können. Menschen, die einen Großteil ihres Lebens in Deutschland wohnen und Wuppertal als ihre Heimat bezeichnen, sollten auch in ihrer Heimat bestattet werden können – und zwar so, wie die islamischen Bestattungsriten dies vorsehen“, so Ulrike Fischer, Mitglied im Integrationsrat.

„Wir würden uns deshalb freuen, wenn dieses wichtige Integrationsprojekt bald realisiert werden kann und werden auch zukünftig die Anstrengungen des muslimischen Trägervereins wohlwollend und konstruktiv begleiten“, so Johannes van Bebber abschließend.

Wer das Projekt finanziell unterstützen möchte, kann dies über die Spendenplattform betterplace.org tun.

„Lasst uns mehr Wuppertal wagen“ Integration in Wuppertal

„Lasst uns mehr Wuppertal wagen“, so lautete eine Schlagzeile in der überregionalen Presse vor einigen Jahren. Mittlerweile steht dieser Satz als Synonym für großes ehrenamtliches Engagement – und das trifft in ganz besonderem Maße auf die Wuppertaler Bevölkerung während der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 zu“, so der Vorsitzende des Integrationsrates Johannes van Bebber.

„Wuppertal ist in den letzten Jahren deutlich bunter und vielfältiger geworden – und das ist auch gut so! Noch im Jahre 2013 beschrieben Demografen aufgrund der abnehmenden Bevölkerungszahl ein düsteres Zukunftsbild für unsere Heimatstadt. Doch heute, im Jahr 2020, liegt die Einwohnerzahl wieder bei über 362.000. Die Geburtenrate ist in den letzten Jahren wieder angestiegen und ein weiterer Grund für die steigende Bevölkerungszahl ist die Zuwanderung aus dem europäischen und nichteuropäischen Ausland“, so Ulrike Fischer, Mitglied im Integrationsrat.

„Gerade bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen hat Wuppertal beispielhafte Arbeit geleistet. Und damit meine ich nicht nur die Stadtverwaltung, sondern die gesamte Stadtgesellschaft. Was die zahlreichen Ehrenamtler in kürzester Zeit hier auf die Beine gestellt haben, war schlicht beeindruckend. Diese positive Grundhaltung den Geflüchteten gegenüber, die überwiegende Unterbringung der Flüchtlinge in privaten Wohnungen und unsere Gastfreundschaft insgesamt fand bundesweite Beachtung. Ich habe diese Zeit hier überhaupt nicht als krisenhaft empfunden, sondern eher als ein großes Aneinanderrücken der demokratischen Kräfte. Ein gelungener Ausdruck hierfür war die gemeinsame Spendenaktion der Sitzungsgelder der Sonderratssitzung, die von den ganz rechtsaußenstehenden Ratsmitgliedern im Januar 2016 beantragt wurde. Das Geld ging zu 100 Prozent an die Wuppertaler Flüchtlingsberatung. Wir können stolz sein auf unsere Willkommenskultur“, so Johannes van Bebber abschließend.

Wuppertal zeigt Flagge gegen Rassismus.
© Stadt Wuppertal|Medienzentrum

Die freie Kulturszene muss erhalten bleiben

Wuppertal lebt von und durch seine vielfältige freie Szene.

„Auf kommunaler Ebene können wir nur mit den bestehenden Haushaltsmitteln arbeiten, um zusätzliche Hilfen für die freie Szene zur Verfügung stellen zu können. Daneben können wir nur an Land und Bund appellieren, dass die angekündigten Kompensationsprogramme möglichst zügig umgesetzt werden und die Mittel bei den Kommunen ankommen. Diese Instrumente bedient die SPD-Ratsfraktion mit ihrem aktuellen Ratsantrag. So wurde auf unseren Antrag hin unter anderem beschlossen, die Mittel des Von der Heydt-Kulturpreises umzuwidmen und einen Solidaritätszuschlag auf nicht ermäßigte Eintrittskarten bei den Wuppertaler Bühnen zu erheben. Die Gelder, insgesamt 60.000 Euro, werden der freien Kulturszene als Sonderförderung zur Verfügung gestellt“,erklärt Ursula Schulz, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Angekommen im Engelsjahr 2020

„Nachdem unsere Fraktion das Projekt ‚Engels 2020‘, das sind die Feierlichkeiten und Events rund um den 200sten Geburtstag des Barmers Friedrich Engels am 28. November 2020, von Anfang an gefordert und positiv begleitet hat, sind wir endlich im großen Engelsjahr angekommen. Auch wenn einige Veranstaltungen coronabedingt ausfallen, verschoben oder in geänderter Form stattfinden mussten und müssen, freuen wir uns sehr über das vielfältige Programm mit der großen Sonderausstellung ‚Friedrich Engels - Ein Gespenst geht um in Europa‘ als eins der Highlights“, so Bürgermeisterin Ursula Schulz, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion.

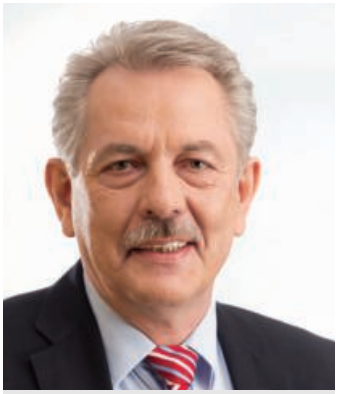
„Insbesondere freuen wir uns auch auf die Wiedereröffnung des sanierten Engelshauses und des neu konzeptionierten Museums für Frühindustrialisierung. Das Ensemble, Engelshaus und Museum in der Remise wird zudem durch einen gläsernen Verbindungsbau, das neue Besucherzentrum, aufgewertet und dem Engelsquartier in Barmen neue Strahlkraft verleihen. Die feierliche Wiedereröffnung ist für Friedrich Engels‘ Geburtstag am 28. November dieses Jahres geplant“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Klaus Jürgen Reese, Sprecher im Ausschuss für Stadtentwicklung.

„Immer wieder haben wir im Kulturausschuss in den vergangenen Jahren daran erinnert, wie wichtig dieses Datum für Wuppertal ist und haben regelmäßig Sachstandsberichte zu den Planungen des Veranstaltungsjahres und die Umbauten an Museum und Engelshaus betreffend gefordert. Denn der 1820 in Barmen geborene Friedrich Engels ist einer der berühmtesten Söhne unserer Stadt. Das Eventjahr rund um seinen 200sten Geburtstag hat entsprechend internationale Strahlkraft, es werden – sobald die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie dieses erlauben und es Lockerungen der aktuellen Beschränkungen gibt - Gäste aus aller Welt erwartet. Für das Veranstaltungsjahr hat auch der Bund Mittel in Höhe von 1,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt“, erklärt Ursula Schulz abschließend.

Vielfältiges Programm zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels.

Kommentar des Fraktionsvorsitzenden Klaus Jürgen Reese

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,
mit dieser Ausgabe von rat aktuell liegt Ihnen ein Rückblick auf die bald auslaufende Kommunalwahlperiode 2014 bis 2020 vor. Diese ungewöhnlich lange Periode ist der Vorgabe geschuldet, dass jetzt wieder die Oberbürgermeister und Räte gemeinsam gewählt werden. Eine Vorgabe, die ich ausdrücklich begrüße.
Ich begrüße dieses, da Kommunalpolitik der Bereich von Politik ist, der unmittelbar in Ihrem und unser aller Lebensumfeld stattfindet. Oder wie es die Friedrich-Ebert-Stiftung definiert hat: „Hier werden viele Entscheidungen darüber getroffen, was vor unserer Haustüre passiert. Keine andere politische Ebene ist den Bürgerinnen und Bürgern so nah, wie die Kommunalpolitik. Kommunalpolitik ist die Politik vor unserer Haustür. Nur wenn möglichst viele Menschen mitmachen, ist Kommunalpolitik lebendig und vielfältig. Und nur so können die Interessen von möglichst vielen berücksichtigt werden.“
Der erste und einfachste Schritt zur Beteiligung beginnt mit dem Gang zum Wahllokal oder der Teilnahme in Form der Briefwahl. Bitte bedenken Sie! Am 13. September finden gleich vier Wahlen statt. Die Wahl um das Amt des Oberbürgermeisters, zum Stadtrat, den Bezirksvertretungen und zum Integrationsausschuss. Und ich appelliere an Sie, nutzen Sie diese Chance und machen Sie bitte von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!


Herzlichst,
Ihr Klaus Jürgen Reese